



Drucksachen-Nr.: **2019/110/A**

Art der Drucksache: Antrag
Betreff: Politik für Weimarer Baulandfond

Einreicher: Fraktionen CDU und weimarwerk bürgerbündnis e.V.
Datum: 26.03.2019

Beratungsfolge:

Stadtrat 10.04.2019

Antragstext:

Der Stadtrat fordert den Oberbürgermeister auf, die Voraussetzung für eine „Weimarer Bodenpolitik“ zu prüfen, ggf. bereits mit dem Haushalt 2020 Mittel für Grunderwerb bereitzustellen und Bauentwicklungsflächen auszuweisen.

Begründung:

Ein maßgeblicher Faktor dafür, dass sowohl Mieten stark steigen, aber auch der Hausbau für einen immer größeren Bevölkerungsanteil unrealistisch wird, ist, dass Bauland mehr und mehr zum Spekulationsobjekt geworden ist. Mietpreisbremse oder „Erbbaurecht statt Verkauf“ können nur die Folgen dämpfen, aber nicht die Ursachen. Die Stadt Weimar ist ein begehrter Wohnstandort und erfüllt die Voraussetzungen für eine Bodenbevorratungspolitik. Da die Stadt Weimar die eingestellten Mittel im Vermögensplan meist nicht ausschöpft, könnten diese Mittel zum Grunderwerb verwendet werden. Dieses Modell ist auch eine langfristige und präventive Sozialpolitik. Im Falle eines positiven Ergebnisses der Prüfung sollten entsprechende Mittel im Haushalt 2020 eingestellt werden.

Beschluss	25 Ja, 4 Nein, 11 Enthaltungen
Datum	11.09.2019
Unterschrift Oberbürgermeister	gez. Kleine